



PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 94), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

Attentat auf Minister Matthias Erzberger

Ein Kadett verwundet ihn in der Schulter; Sympathie-Bezeugungen der Vertreter Italien's und England's.

Regierung befürchtet heute monarchischen Putsch.

Berlin, 27. Jan.—Beim Verlassen des Kriminalgerichtsgebäudes wurde gestern auf den Finanzminister Erzberger aus dem Hinterhalt geschossen; Erzberger wurde an der Schulter verwundet. Der Attentäter D. von Hirschfeld, ein Kadett, befindet sich in Haft. Hirschfeld sagte, er habe Erzberger als einen Feind des Reiches und deshalb deshalb ihn aus dem Wege zu räumen. Während des Krieges war Erzberger eine Stütze der Regierung und war bei der Friedensbewegung im Reichstag im Jahre 1917 einer der Hauptführer. Vizeminister Helfferich beschuldigt ihn des Hochverrats, woraus die gegenwärtige gegen Helfferich entstandene Klage entsprang. Der heilige und der italienische Gesandte ließen Erzberger Simpatiebriefe zukommen. Der Angriff auf Erzberger kann als der Höhepunkt des von Erzberger gegen Karl Helfferich angestrebten Verleumdungsprozesses betrachtet werden. Helfferich hatte Erzberger beklagt, Regierungsgelder während des Krieges für sich verwendet zu haben. Aus dem Prozess ergab sich so recht, wie tief der Haß der Alldeutschen gegen die gegenwärtige Regierung brennt.

Monarchischer Putsch befürchtet.

Berlin, 27. Jan.—Wilhelmstraße ist heute von allem Verkehr abgeschlossen und wird von zahlreichen Militär bewacht. Achtzehn Panzer-Automobile und ein halbes Dutzend Motorautos mit Bewaffneten trafen gestern früh dort ein; Wagen wurden vor dem Regierungsgebäude aufgestellt und die Straße ist von dem übrigen Stadtbild abgesperrt. Diese Vorkehrungsmaßregel wurde getroffen, weil man gelegentlich des heutigen Geburtstags des ehemaligen deutschen Kaisers einen monarchistischen Putsch befürchtet; auch das Attentat auf den Finanzminister hat Anlaß zu diesen Vorkehrungen gegeben.

Reparaturwerkstätten geschlossen.

Berlin, 27. Jan.—Der Beschluß der Regierung, alle Eisenbahnreparaturwerkstätten in Berlin, Breslau, Hannover, Frankfurt, Darmstadt, Bielefeld und anderen Großstädten zu schließen, ist darauf zurückzuführen, weil die Arbeiter, aufgestachelt von Kommunisten, fast gar nichts leisten. Das Schließen dieser Werkstätten ist eine der drückendsten Maßnahmen, die bisher von dem Kabinett vorgenommen wurden.

Der Fall Newberry vor dem Bundesgericht

Grand Rapids, Mich., 27. Jan.—Die Politik-Verhältnisse des Staates Michigan werden heute auf den Operationen beruhen. Die Geheimnisse der politischen Geschichte des Staates während der letzten drei Jahre werden funktionsgerecht feiert und ihre Kränklichkeit der öffentlichen Meinung vorgelegt werden. Dies geschieht durch die Verhandlung des Falles Newberry vor dem Bundesrichter Sessions, wo der Senator Truman A. Newberry und 134 seiner Genossen sich wegen Mißbrauch des Stimmentafels zu verantworten haben. Wenn die Verlegung des bitteren Streites, den Newberry und General Ford im Jahre 1918 um den Senats-Sitz für Michigan führten, im Gerichtsraum beendet ist, dürfte daran ein Skelett übrig geblieben sein.

Italienische Soldaten schießen auf Pöbel

Florenz, 27. Jan.—Während einer Waffensammlung, die von dem Herzog veranlaßt worden ist, wurde ein Pöbel in einer Revoluzion auf und ein Pöbel verurteilt, eine Anzahl von Araberinnen zu überfallen. In Selbstverteidigung feuerten diese unter die Menge, wodurch gegen 20 derselben verwundet wurden.

Fremde Schiffe gegen Prohibition immun

Werden als ausländischer Boden angesehen, wo U. S. kein Recht zusteht.

Washington, 27. Jan.—Die Verordnung, daß geistige Getränke an Bord fremder Schiffe während des Aufenthaltes derselben in amerikanischen Häfen zu verkaufen seien, ist suspendiert worden, bis Hilfsstaatssekretär Howe sein Gutachten darüber abgeben kann. Man erwartet, daß die betreffende Verordnung ganz aufgehoben wird. Nachdem die selbe vor einigen Wochen auf Veranlassung des Rechtsbestands des Schatzamts erlassen worden war, legte Italien einen förmlichen Protest dagegen ein, weil die Verabfolgung von Getränken an die Mannschaften zu den täglichen Rationen derselben gehöre. Andere Nationen erhoben informelle Beschwerden beim Generalamt. Herr Howe will den fremden Mächten soweit als möglich entgegen kommen. Er teilt die Auffassung, daß wohl den Ver. Staaten die Regulierung der Verhältnisse in ihren eigenen Häfen zustehe, daß aber fremde Schiffe, gleich den fremden Geländestücken als Boden des Auslandes anzusehen sei, auch soweit die Prohibition in Betracht komme. Geländestücken und Booten fremder Nationen können in ihren Quartieren alle Getränke halten, die sie wünschen, und solche durch die Zollbehörden klarieren lassen.

Senat für allgemeine Wehrpflicht

Einführung allgemeiner militärischer Zwangsbildung vom Komitee empfohlen.

Washington, 27. Jan.—Mit einer Mehrheit von 9 zu 5 genehmigte das Senatskomitee für militärische Angelegenheiten Bestimmungen für eine zwangsweise militärische Ausbildung junger Männer im Alter von 19 bis 21 Jahren und beschloß die Aufstellung eines günstigen Berichtes über die Herbeivorkommisssion. Die Senatoren Wadsworth, N. Y.; Warren, Va.; Sutherland, W. Va.; Knox, Ind.; Frelinghuysen, N. J.; New, Va.; Spencer, Mo.; Chamberlain, Del.; Thomas, Colo., unterließen die Vorlage. Senator McCallar wird einen Minderheitsbericht einreichen, dem sich andere Senatoren anschließen werden.

Senat passiert Kenyon-Vorlage

Amerikanisierung von Ausländern durch Schulung vorgeschlagen.

Washington, 27. Jan.—Mit einer Mehrheit von 36 gegen 14 wurde im Senat die „Amerikanisierungs-Vorlage“ des Senator Kenyon, Iowa, angenommen. Diese Vorlage, daß alle Einwanderer der Ver. Staaten im Alter von 16 bis 21 Jahren und alle ausländischen Ausländer zwischen 16 und 45 Jahren, welche die englische Sprache weder lesen, verstehen noch schreiben können, für nicht weniger als 200 Stunden im Jahre eine Schule besuchen müssen. Die Ausführung der Bestimmungen dieser Vorlage wird in die Hände des Sekretärs des Innern gelegt, der sie durch das Unterrichtsministerium bearbeitet. Die Vorlage verlangt, daß die von der Regierung bewilligte Summe für Amerikanisierungszwecke im Verhältnis der in den einzelnen Staaten angebotenen Anhaltspunkte verteilt werden soll, vorausgesetzt die Einzelstaaten bewilligen eine Summe von gleicher Höhe mit der Regierungsbefehle. Kein einzelner Staat kann weniger als \$5,000 jährlich Bundeshilfe erhalten.

Kredit hebt nicht den Wert der Mark

Berlin, 27. Jan.—Das Tagesblatt ist erlautet darüber, daß der fälschlich von Holland an Deutschland gewährte Kredit von 200 Millionen Gulden keine Erholung des Kurswertes der Mark verursacht, sondern die Entwertung der Mark nach dem Abschluß der Anleihe weiter angehalten hat. „Tagesblatt“ wird von Berliner Banken erklärt, daß die Vorlage dem Verfälscher zuzuschreiben sei, ausländische Kredite für deutsche Exportgüter im Auslande zu belassen, in dem Bestreben, Kapital zu verheimlichen, sowie um später Fonds für den Ankauf von Rohmaterial zu haben.

Neuer Kriegsrat der Alliierten

Paris, 27. Jan.—Die Marschälle Foch, Joffre und Pétain, sowie General-Major Buat, gegenwärtig Generaladjutant des französischen Armees, bilden den neuen obersten Kriegsrat. Später werden neun Generäle demselben beigesetzt werden. Dieser Rat steht unter der Leitung des Kriegsministers. Marschall Pétain wird bei Ausbruch eines Krieges den Oberbefehl über die Armees übernehmen.

Verteilung der Flugzeug-Beute

Paris, 27. Jan.—Die Verteilung von deutschen Zeppelin-Luftschiffen und anderen Flugzeugen unter die Alliierten wird voraussichtlich bald stattfinden, erzählt die Zeitung „Democratique Rouvelles“. Frankreich rechnet darauf, zwei der größten Zeppeline und eine der größten Luftschiffen zu erhalten. Insgesamt sollen noch 12 Zeppeline unversehrt sein.

Ein Mörder ermordet

Casper, Wyo., 27. Jan.—John Corbett, der 42 Jahre alt Mörder und wohlhabender Bioner-Bierbrenner von Matrona County, wurde in seiner Ranch-Wohnung ermordet gefunden. Die Ranch Corbett's liegt ungefähr sechs und eine halbe Meile östlich von Casper. Der Mann war offenbar von Räubern ermordet worden und als die Beamten kamen, hatte die Ranch das Aussehen, als sei seit einigen Tagen kein lebender Mensch auf dem Platz gewesen war.



Alexandre Millerand, der frühere Gouverneur von Elsch, nach Clemenceau's Rücktritt Premier von Frankreich.

Senat für allgemeine Wehrpflicht

Einführung allgemeiner militärischer Zwangsbildung vom Komitee empfohlen.

Washington, 27. Jan.—Mit einer Mehrheit von 9 zu 5 genehmigte das Senatskomitee für militärische Angelegenheiten Bestimmungen für eine zwangsweise militärische Ausbildung junger Männer im Alter von 19 bis 21 Jahren und beschloß die Aufstellung eines günstigen Berichtes über die Herbeivorkommisssion. Die Senatoren Wadsworth, N. Y.; Warren, Va.; Sutherland, W. Va.; Knox, Ind.; Frelinghuysen, N. J.; New, Va.; Spencer, Mo.; Chamberlain, Del.; Thomas, Colo., unterließen die Vorlage. Senator McCallar wird einen Minderheitsbericht einreichen, dem sich andere Senatoren anschließen werden.

Die vorgeschlagene Vorlage unterscheidet sich wesentlich von der Kriegsdepartementvorlage, wie sie von dem Kriegsdepartement empfohlen wurde. Durch dieselbe wird die Errichtung eines einheitlichen Heeres vorgesehn, welches in eine Bürgerarmee von 200,000 Mann und 18,000 Offiziere und die Nationalgarde zerfällt. Die Vorlage bestimmt, daß die Bürgerarmee nur in Kriegszeiten zu den Waffen gerufen werden darf. Um den Reservisten Platz zu machen, wird eine jährliche Reduzierung der stehenden Armees von 5 Prozent in der Zahl der angeworbenen Mannschaften und von 2 Prozent in der der Offiziere vorgesehn. Dadurch wird in 5 Jahren die reguläre Armee von 77,000 Mann und 1800 Offiziere vermindert. Die Vorlage verleiht alle jungen Männer, die eine Zwangsbildung von 4 Monaten durchgemacht haben, in die Reserve, welche eine jährliche Wehrung von 14 Tagen vorzusehn haben. Ein Zusatz zur Vorlage gibt den zu Reservierungen Einberufenen dieselbe Vergütung, wie sie unter dem Kriegszustand gewährt wird. Durch diese Vorlage will das Komitee die Militärausgaben auf die Hälfte der vom Kriegskomitee vorgeschlagenen beschränken.

Deutsche können wieder an die Wasserfront

New York, 27. Jan.—Die Bundesregierung hat jetzt den Kriegspolizisten, der feindlichen Ausländern verboten, der „Waterfront“ und den im Hafen verkehrenden Schiffe zu nahe zu kommen, aufgegeben. Deutsche und Oesterreicher dürfen sich daher wieder auf den Docks und auf Schiffen nach Arbeit umsehen. Etwa 500 eingetragene feindliche Ausländer meldeten sich im Zollamt und kamen um die Erlaubnis ein, wieder an der Waterfront arbeiten zu dürfen. Sie wurden nach dem Büro des Justizdepartements in No. 21 Park Row verwiesen, wo sie einer Untersuchung unterzogen wurden. Nur solche feindliche Ausländer, der Führungszugnis „Heckenlos“ ist, bekommen die Erlaubnis zur Arbeit. Wie die Beamten erklärten, waren die Applikanten hochinteressant, doch sie hatten die Pflicht, wieder über Gelegenheiten Bescheid zu geben, wenn sie auf dem Platz gewesen waren.

Ratifikations-Frage vor dem Bundes Senat

Die ganze Angelegenheit soll nochmals in offener Sitzung im Senat debattiert werden.

Washington, 27. Jan.—Milde Einwandler der Republikaner haben mit Demokraten ein Übereinkommen getroffen, wonach die Ratifikationsfrage wieder in öffentlicher Debatte durchberaten werden soll. Diese Koalition wird sofort nach dem heute erwarteten Abbruch der Konferenzen in Lodge's Office ans Werk gehen. Die Demokraten werden Lodge mitteilen, daß sie sich auf seine Bedingungen nicht einlassen können und haben Senator Stueckert instruiert, eine öffentliche Erklärung über den Stand der Dinge abzugeben. Die milden Einwandler haben die Versicherung erhalten, daß 43 Demokraten sich 15 Republikanern anschließen und den Vertrag wieder im Senat zur Debatte bringen wollen. Der Plan geht dahin, die Einwandler eine nach der anderen vorzunehmen und jeden Gelegenheit zu geben, Veränderungen zu den Einwändlern vorzuschlagen.

Bolschewiki-Gefahr in Oesterreich vorüber

Viele interniert gewesene ungarische Bolschewiken außer Landes geschickt.

Wien, 27. Jan.—Der Korrespondent der „United Press“ hat heute erfahren, daß Oesterreich trotz der jammervollen inneren Lage nicht von Bolschewismus bedroht ist. Uebrigens hat die Regierung alle Schritte getan, Uebergriffe der Bolschewiken in keine zu erlauben. Eine große Anzahl hier interniert gewesener ungarischer Bolschewiken sind außer Landes gewiesen worden. Herr Friedländer, Führer der österreichischen Radikalen, verwendet sich bei der Regierung um die Freilassung Bela Kun's. Dieser möchte gern nach Russland.

Oesterreich's Defizit

Die Regierung hat Berechnungen aufgestellt, wonach sich das österreichische Defizit in diesem Jahre auf über 7,000,000,000 Kronen belaufen wird. Diefem kann die Regierung allerhöchstens 3,630,000,000 Kronen gegenüber stellen; es ist aber ein weiteres Malen des Wertes der Krone vorzusehn, wodurch die Summe ungleich kleiner wird. Auszuführen gibt's in Oesterreich nicht; aus den Einfuhrzöllen gedeckt man über eine Milliarde herauszuschlagen; die Einkommensteuer beträgt 17 Prozent, und die Erbschaftsteuer ist außerordentlich hoch. Im Finanzministerium verlautet, daß falls Oesterreich eine erhebliche Anleihe machen und Kohle sowie Nahrungsmittel in genügender Menge erhalten kann, man bis zur nächsten Ernte durchkommen wird. Die Möglichkeit ist dann vorhanden, daß Oesterreich wieder auf die Füße kommt. Unter dem gegenwärtigen Wert der Krone aber kann man unmöglich Kohle und Nahrung von auswärts kaufen. Die Krone ist faktisch fast ohne Wert.

Gompers im eigenen Verband besiegt

New York, 27. Jan.—Samuel Gompers, Präsident der „American Federation of Labor“, wurde bei der Wahl von Delegaten zur Teilnahme an der internationalen Konvention der Verbände von seinen eigenen Verbänden, dem lokalen Zigarrenmacher-Verband No. 114, besiegt. Gompers hat diesen Verband viele Jahre lang angeführt. Einer der erwählten Delegaten erklärte, daß die Niederlage von Gompers auf den Einfluß der jüngeren Leute zurückzuführen ist, deren progressiven Ideen Gompers zu konservativ sei. Gompers ist heute 70 Jahre alt.

Schadenfeuer

Desdemona, Texas, 27. Jan.—Zwei Häusergevierte wurden durch Feuer zerstört; der angerichtete Schaden beträgt \$500,000. Infolge des Mangels an Feuerlösch-Apparaten war die Feuerwehr nicht imstande den Wüten des entseßten Elements Einhalt zu tun. Columbus, Ohio, 27. Jan.—Feind im Herzen des Geschäftsteiles der Stadt gelegene Häuser wurden durch Feuer zerstört. Der angerichtete Schaden beträgt sich auf \$800,000; derselbe ist durch Versicherung gedeckt.

Nationalprohibition wird angegriffen

Sieben Punkte, auf welchen sich der Feldzug gegen die Prohibition stützt; Philippinen immer noch „feucht“.

Italiener und Spanier beginnen „aufzumucken“.

Washington, 27. Jan.—Die größte Bewegung, die sich je gegen ein Gesetz oder einen Teil der Verfassung in der Geschichte der Vereinigten Staaten geltend gemacht hat, scheint in den mannigfachen Angriffen, welche gegen die verfassungsmäßige Prohibition gemacht oder vorbereitet werden, ihre Schärfe vorwärts zu verschieben. Nach Schätzung von Regierungskommissionären wird es wenigstens zwei Jahre dauern, ehe es endgültig entschieden werden kann, ob die Prohibition auf gefunder geistlicher Grundlage steht oder nicht; doch machen sie wenig Hoffnung darauf, daß in der Zwischenzeit das Joch erleichtert werden wird. Die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Prohibition stützen sich auf folgende Gründe: 1. Die Prohibition ist kein rechtmäßiger Gegenstand für einen Justiz zur Verfassung, und sie ist nicht verfassungsmäßig angenommen worden. 2. Das Versteuern der Ausführung, welches die Prohibition durchführt, und die Herstellung aller Getränke mit mehr als 1/2 Prozent Alkohol verbietet, widerspricht der Verfassung. 3. Das Amendement kann in keinem Staat gegen den Willen derselben durchgeführt werden. Dieser Punkt, sowie die beiden vorhergehenden, werden in der bei dem Obergericht eingereichten Klage des Staates Rhode Island aufgeführt. 4. Die Staaten können durch öffentliche Abstimmung (Referendum) die Handlungen der Staatslegislaturen ungültig erklären und auf diese Weise legislative Ratifizierung des 18. Amendements wieder zurücknehmen. Zehn Staaten haben das Referendum, und sollten alle die Genehmigung der Legislative widerrufen und das Oberbundesgericht das Referendum als rechtskräftig anerkennen, dann würde schon dadurch das Amendement seine Wirkung verlieren und ungültig sein. Die Frage liegt dem Oberbundesgericht in einer Berufung der Prohibitionisten des Staates Ohio vor, dessen Staatsobergericht das Referendum für rechtskräftig erklärte. 5. Einige Staaten können ins „naße Lager“ übergehen, dadurch, daß die Legislaturen gesetzlich die Erlaubnis zur Verwendung eines höheren Alkoholgehalts erteilen. Dies wird von New Jersey und Rhode Island beabsichtigt. 6. Das Amendement betrifft nur solche Getränke, die tatsächlich beizubehalten wirken, und der Kongreß kann unter den Bestimmungen des Amendements, welche ihm das Recht zum Erlass passender Ausfüßungs-gesetze erteilen, nicht willkürlich solche Getränke verbieten, die nur einen geringen Prozentsatz von Alkohol enthalten und deshalb nicht heraustrückend im eigentlichen Sinne des Wortes sind. 7. Die Spirituosen-Industrie kann für die infolge der Prohibition erlittenen Verluste hohen Schadenersatz beantragen.

Philippinen noch immer feucht.

Manila, P. I., 27. Jan.—Die Philippinen sind noch immer „feucht“. Die lange dieser durchaus nicht unermüdliche Zustand zum großen Unbehagen der Prohibitionisten noch bestehen wird, läßt sich nicht verorten, doch dürfte sich die augenblicklich tagende Territorial-Legislatur mit der Angelegenheit befassen und sie bis zum letzten Ende ausfinden. Das hiesige Bundesgericht entschied, daß der 18. Verfassungszusatz deshalb in den Philippinen wirkungslos sei, weil er keine Spezifikationen für die Inseln enthalte. Die Prohibitionisten raten jedoch, die Alkoholsteuer nicht zu bezahlen, da die Prohibition auch für die Philippinen gelte. Die Behörden sind jedoch anderer Ansicht und versuchen darum, die Steuern zu kollektieren.

Italiener und Spanier müssen auf.

Washington, 27. Jan.—Die italienische Botschaft hat heute an das Staats-Departement das Ersuchen gestellt, das Vorgehen der New Yorker Zollbeamten zu untersuchen, die am Dienstag an Bord eines italienischen Dampfers sämtliche Spirituosenvorräte mit der Anweisung verriegelten, die Bomben nicht eher zu eröffnen, bis das Schiff außerhalb der Drei-Meilen-Grenze sei. Die Italiener machen geltend, das Schiff führe die italienische Flagge, repräsentiere demnach italienischen Grund und Boden und unterstehe deshalb nicht der Jurisdiktion der amerikanischen Behörde. Ein scharfer Protest wird ferner von der spanischen Botschaft erwartet, da bei einem Schiff, das die spanische Flagge zeigt, in ähnlicher Weise vorgegangen worden ist. Der Fall liegt aber verhältnismäßig noch gar nicht vor, weil der spanische Dampfer, der 260 Passagiere an Bord hatte und sich auf der Fahrt nach Habana befand, den New Yorker Hafen nur angelaufen hat, hier also nicht sein Endziel hatte.

Will vom wässerigen U. S. nichts wissen

Philadelphia, 27. Jan.—An Bord des Dampfers „Corrallo“ von der United Fruit Co. traf Major Wm. W. Davis mit zwei mächtigen Schnapsflaschen ein. Hier, daß seine stummen Begleiter ihn nicht an Land eskortieren dürfen, resp. er sie, machte mit einem hörbaren Ruck rechtum steht, marschierte mit der Sicherheit eines alten Generaladjutanten — der Herr Major waren während des Krieges Inspektor der amerikanischen Armees in London — direkt nach seiner Kajüte zurück, betete dort die Wäandigen ein und erklärte, wieder nach dem Süden abzumachen. Mit Amerika, dieser Wasserfingelmilch, aber sei er fertig. Nicht wieder werde er die Stadt der Bruderliebe, seiner Heimat, betreten, solange man in Amerika nichts Stärkeres als Wasser vertrage.

40 Grad unter Null.

Boston, 27. Jan.—Im nördlichen Teil New Englands herrscht gegenwärtig bittere Kälte. Das Thermometer in Northfield, Vt. fiel auf 40 Grad unter Null. In keinem andern Teil der Ver. Staaten ist größere Kälte zu verzeichnen.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön heute nacht und Mittwoch, Steigende Temperatur am Mittwoch. Für Nebraska — Meistens bewölkt heute nacht und Mittwoch, mit steigender Temperatur am Mittwoch. Für Iowa — Größtenteils bewölkt heute nacht und Mittwoch; morgens steigende Temperatur im Westen und südlichen Teil des Staates.